Zunächst begründete Herr Köhler den Abtrag seiner Fraktion. Bezogen auf finanzielle Auswirkungen führte er aus, dass, wenn ein solcher Vertrauensanwalt „installiert“ werden sollte, dann mit den benachbarten Kommunen über eine Beteiligung gesprochen werden sollte.

Der Bürgermeister teilte daraufhin mit, dass diese Thematik auch schon in der Kollegenkonferenz (Bürgermeister des RSK) angesprochen worden sei. Er schlug daher vor, nach der Kommunalwahl in dieser Kollegenkonferenz diese Thematik erneut anzusprechen.

Herr Dieckmann schlug vor, dass die Erfahrungen der RSVG bezüglich eines Vertrauensanwaltes miteinbezogen werden sollten.

Frau Bergmann-Gries bat darum, dass, wenn das Ergebnis aus der Kollegenkonferenz in den entsprechenden Gremien behandelt werden sollte, auch die Erfahrungen der Stadt Sankt Augustin über die hier eingesetzten Methoden der Korruptionsbekämpfung mitbeinbezogen werden sollten.

Frau Jung bat darum, die möglichen Kosten zu ermitteln („Stand-By“ oder nur für den Einzelfall). Der Bürgermeister teilte hierzu mit, dass auch diese Frage entsprechend im Kollegenkreis angesprochen werde und das Ergebnis würde ebenfalls im Rahmen der dann weiteren Beratungen mitgeteilt werden.

Auch Herr Schell sprach sich dafür aus, dass der Erfahrungsbericht aus der Kollegenkonferenz zunächst abgewartet werden sollte.

Herr Metz teilte mit, dass seine Fraktion diesem Prüfauftrag so zustimmen könne.

Abschließend teilte der Bürgermeister mit, dass er nun entsprechend des heutigen Diskussionsergebnisses tätig werde.